

Der neueste Duellskandal.

Eine echt preussische Affäre ist die Angelegenheit des Landrats Grafen v. Bartschleben in Weisß, der deswegen seinen Abschied eingereicht hat, weil er sich vermittlungsweise mit dem Grafen v. d. Goltz nicht durchsetzen wollte, gegen den wegen angeblich nicht ganz reiner Werte unter seiner Aufsicht ein Beschluß des Kreisrates ergangen war.

Kurze Chronik.

- * Heute findet hier der Belebungsproß des Generalintendanten Grafen v. Hülsen gegen Felix v. Weingartner statt, ein Belebungsproß des Vorjahres wurde vom Grafen Hülsen abgelehnt.
* Das Privatbeamtenversicherungsgesetz soll erst einer weiteren Bearbeitung unterzogen werden, ehe es dem Reichstage zugeht.
* Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft verteilt pro 1910 eine achtprozentige Dividende.
* König Peter von Serbien ist heute aus Rom nach Belgrad zurückgekehrt.
* Die französische Regierung läßt offiziell die Mitteilung verlauten, daß die bevorstehende Bildung eines Schiedsgerichts der Offiziere demittieren.
* 130 Studierende der Moskauer Universität sind gestern festgenommen worden.
* Näheres im Zeit des Blattes.

gutes Recht sei. Jeder Grund zu gegenseitigen Belebungen sei dadurch beseitigt.
Das Blatt fährt fort, daß das deutsche Flottenprogramm, wenn es auch defensiven Charakter habe, England zwingt, eine mächtige Flotte zu bauen als Zeitverlauf. Es bestehe für keines der beiden Länder irgendein Grund, über das Vorhaben des anderen zu klagen oder ihm feindselige Bewegungen beizumessen. England habe einerseits auch nicht die geringste Veranlassung zu einer Panik, andererseits aber auch keinen vernünftigen Grund, die Regierung leichtfertiger Belebungen zu zeihen.

Hüllen gegen Weingartner.

Der vielbesprochene Belebungsproß des Generalintendanten Grafen v. Hülsen-Geseller gegen den früheren Direktor der Wiener Polsterer Felix v. Weingartner beschäftigt heute die gebaute Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Günter. Die öffentliche Sitzung beginnt mit dem Vorsitzenden Richter Müller, als Nebenkläger ist Graf v. Hülsen-Geseller unter Beifall des Rechtsanwalts Arthur Wolff zur Stelle, der Angeklagte v. Weingartner wird vom Justizrat Dr. Sello und Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Frischauer-Wien verteidigt. In der Verhandlung, die trotz der großen Menge der Zeugen aus dem sonstigen Fortschreiten in dem verhältnismäßig bescheiden Sitzungssaal der gebaute Strafkammer herausragt, sind unter anderem als Zeugen geladen: Professor August Geng, Geheimer Regierungsrat Winter, Freiherr v. Ledebur, Geheimer Hofrat Weber, Geheimer Admiralitätsrat Felix-Geseller, Hofrat Wiant, von der Belebungsproß sind ferner als Sachverständiger Dr. Popold Schmidt und als Zeugen Rechtsanwalt Gschlingner, Rechtsanwalt Polzehl und der Präsident der Bühnengewerkschaft Hermann Riffen geladen worden. — Rechtsanwalt Arthur Wolff beantragt noch als Zeugen bzw. Sachverständigen zu laden: Baron zu Putz-Flug-Stuttgart, Major v. Schiller, Geheimer Hofrat Wotega, Dr. Th. Boene-Wieslau, Registrator Albert Parly und Geheimer Regierungsrat Winter, diesen darüber, ob der § 72 der allgemeinen Bestimmungen des Bühnengesetzes nur für seine, nämlich geladene Bühnen zur Anwendung gelangt, oder auch für höhere Stadt- und Hoftheater, und Justizrat Dr. Sello behält sich vor, Belebungsanträge zu stellen, der Gerichtsvorsteher teilt seinerseits den Befehl über die Anträge aus.

Der Neubau des Opernhauses.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses knüpfte sich gestern Abend beim Etat des Finanzministeriums eine längere Debatte um den geplanten Neubau des Opernhauses. Im Etat war beantragt worden, eine Anzahl von Grundstücken neben dem Kröllchen-Gebäude zu kaufen, um dieses Grundstück zum Bau des Opernhauses verwenden zu können. Die Kommission setzte auf einstimmigen Beschluß die Entscheidung aus, weil sie keine Klarheit darüber habe, ob das Terrain geeignet sei und wie es bisher noch freie Gelegenheiten erhalten hat, die sieben Wettbewerbler oder die das zur angeregt Wahl gehalten werden zu können. Die Kommission war sich einig, daß die angebotenen Gelder zum Erwerb der Grundstücke nicht bewilligt werden würden, wenn nicht zuvor die Regierung die nötigen Aufklärungen gibt. Es soll namentlich festgestellt werden, wie die Aneignung ist, und welche Gesamtkosten entstehen, auch wer sich sonst noch an den Aneignungen soll. Ganz allgemein wurde in der Kommission die Bedenken geäußert, daß mit dem Neubau sehr übermäßig vorgeschritten werde, da man erst im vorigen Jahre recht hohe Summen für den Umbau des Opernhauses bewilligt habe und der Meinung sein konnte, daß das alte Opernhaus noch längere Zeit benutzt werden würde. Der Finanzminister hielt eine Vorlegung der Pläne nicht für angängig, da der Wettbewerb noch nicht abgeschlossen ist, die Bauverwaltung verfährt aber, soweit als möglich Ausführung zu geben. Als weiteren Bemerkungen des Ministers wurde hervor, daß er voraussetze, die Stadt Berlin werde das alte Opernhaus ankaufen. (Was bezieht den Minister auf dieser Voraussetzung, Neb.) Das Reichstagsmitglied der Kommission äußerte sich bei der Anknüpfung der ganzen Angelegenheit hierzu nicht. Auf die Frage, ob die Gebäude des alten Opernhauses, die in der Franzosenstraße gelegen sind, hat die Preussische Bank ein Kaufangebot gemacht.

Der Eintritt in die Verhandlung der vorliegenden einen Bericht.

an und führt dabei unter anderem aus: Eine solche Anknüpfung ist natürlich schwierig, weil schon einmal ein Vergleich geschlossen worden ist, und dieser Vergleich von der einen Seite als veranlagte wurde durch die Verhandlung, daß er geschlossen werden würde. Aber mit Rücksicht auf die gesellschaftliche Stellung der in Betracht kommenden Verhältnisse möchte ich doch anfragen, ob es nicht möglich wäre, die Sache wiederum aus der Zeit zu schaffen. Ich möchte, eine der Beweisaufnahme zugewandt vorzutreten, folgendermaßen: Ich möchte dem Nebenkläger vorhalten, ob nicht die Sache teilweise in die Welt gekommen und in dieser Weise ausgeführt ist, dadurch, daß die Reichstagsmitglieder des Reichstages es in mancher Hinsicht an der Hand der Verhandlung feststellen lassen. Ich bin von dem förmlichen Anknüpfung schon in einem Schriftstück zugestanden, daß der mit dem angelegten abgelegten Betrag etwas unglücklich gefügt ist und nicht mit genügendem Maßstab zu rechnen ist, welchen Fällen die finanzielle Lage der Reichstagsmitglieder abgesehen sein sollen. Es ist immer eine Bestimmung getroffen, wenn ein etwaiger Betrag getroffen werden kann. Alle diese Bemerkungen können doch wohl zu der Ansicht führen, daß der Nebenkläger seinen Ansinnen einwenden ist in dem Sinne, er meine, daß ihm zuletzte Gehalt ist ihm unbedeutend vorzubehalten worden und wenn er in diesem Glauben sein konnte, so ist doch zu erörtern, ob ein solcher Glaube nicht auch dann führen konnte, daß Vorgehen der Generalintendantur als nicht gerecht anzusehen. Andererseits ist vielleicht zu berücksichtigen, daß der Angeklagte eine Anknüpfung ist, von aller Welt als gut angesehen, sondern den höchsten Gläubigern monoton zu sein, nicht auf realen Nebenklagen und.

Wer der Bauehr ist.

Die Frage, wer der Bauehr ist, und welche Gesamtkosten entstehen, auch wer sich sonst noch an den Aneignungen soll. Ganz allgemein wurde in der Kommission die Bedenken geäußert, daß mit dem Neubau sehr übermäßig vorgeschritten werde, da man erst im vorigen Jahre recht hohe Summen für den Umbau des Opernhauses bewilligt habe und der Meinung sein konnte, daß das alte Opernhaus noch längere Zeit benutzt werden würde. Der Finanzminister hielt eine Vorlegung der Pläne nicht für angängig, da der Wettbewerb noch nicht abgeschlossen ist, die Bauverwaltung verfährt aber, soweit als möglich Ausführung zu geben. Als weiteren Bemerkungen des Ministers wurde hervor, daß er voraussetze, die Stadt Berlin werde das alte Opernhaus ankaufen. (Was bezieht den Minister auf dieser Voraussetzung, Neb.) Das Reichstagsmitglied der Kommission äußerte sich bei der Anknüpfung der ganzen Angelegenheit hierzu nicht. Auf die Frage, ob die Gebäude des alten Opernhauses, die in der Franzosenstraße gelegen sind, hat die Preussische Bank ein Kaufangebot gemacht.

Die Phantasie mit ihnen manchmal durchgeht.

Dem Angeklagten ist vorzuzahlen, daß sein Vorgehen in der Form nicht zu billigen ist, daß einem Manne wie dem Kläger gegenüber solche Ausdrücke wohl nicht angebracht sind. Ich möchte dem Angeklagten auch zu bedenken geben, ob bei ihm in Stunden ruhiger Belebungen doch nicht vielleicht Zweifel über das ihm zustehende Recht aufgehoben sind und daß der Nebenkläger lediglich im Interesse eines von ihm vertretenen möglichen Interesses sich verhalten hat, dessen Interessen zu wahren. Ich weiß auch nicht, ob der Angeklagte sich klargemacht hat, was er heute beweisen will, wenn er von der Anklage loskommen will. Er hat heute nicht seinen guten Glauben zu beweisen, sondern den höchsten Gläubigern vorzubehalten, was wäre unangenehm, wenn es möglich wäre, die Sache emigriert zu bringen.

Einblicklich des Tiergarten in Berlin.

berlangen das Zentrum und die Konservativen, daß die Stadt Berlin für 50 000 Mark jährlich zahlt, das hundertfache dessen, was die Stadt Berlin für 50 000 Mark ohne rechtliche Verpflichtung freiwillig zahlt und daß Berlin für Parkanlagen sehr bedeutende Summen ausgeben. Die Konservativen und das Zentrum bewilligten sich vor, Anträge im Rahmen zu stellen.

Die gereinigte Atmosphäre.

„Daily Chronicle“ führt in einem Leitartikel von der jüngsten Münchener Debatte im deutschen Reichstag aus, daß diese Debatte ein gut Teil zur Reinigung der Atmosphäre beitragen und dazu dienen, die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern. Die Ausführungen des Staatssekretärs Philipps von Erlangen sind, genau, nach Deutschland hochachtungsvoll und es ist nicht beabsichtigt, und folglich, was es von England erwarte und was seine Ansicht nach England vorhalten werden. Er ließ die förmliche Rede beibehalten bei.

Heudebrand in Nöten.

Wir trüben vor einiger Zeit mit, daß der Führer der Konfessionspartei v. Heudebrand sich in seinem Wahlkreis Mittelhessen nicht mehr sicher fühle und daß er deshalb auch in einem anderen Wahlkreis kandidieren wollte, der größere Aussichten auf den Sieg des „ungekrönten Königs von Preußen“ biete.

Jetzt wird aus dem Wahlkreis Mittelhessen berichtet, daß die dortigen Zentrumsanhänger beabsichtigen, Herrn v. Heudebrand bei der nächsten Reichstagswahl seinen Gegenkandidaten gegenüberzustellen, sondern schon im ersten Wahlgang für ihn zu stimmen. Dieser Beschluß beweist auf das allerdeutlichste, für wie gefährdet die Konfessionspartei über Positionen in den nächsten Reichstagen sich zu erhalten erachtet, die bisher in dem herrschen Besitz der Justizpartei gerechnet wurden.

Abermals auf die lange Bank geschoben.

Das Privatbeamtenversicherungsgesetz wird, wie man und meinet, im Bundesrat wohl kaum noch auf Beratung gestellt werden, da die Reichstagskommission die öffentliche Kritik weiter sprechen zu lassen, ehe der Bundesrat seine Entscheidungen trifft. Da die Interessenten zu einem Zeit auf dem Standpunkte stehen, daß der Entwurf nicht brauchbar Grundlagen enthält, in seinen Einzelheiten aber noch recht reformbedürftig ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß nach Rücksprache mit den Interessentengruppen und den Fraktionen des Reichstages der Entwurf erst einer weiteren Bearbeitung unterzogen wird, ehe er dem Reichstag zugeht, der ohnehin der Entwurf bei dem bisherige gutgeleitete Widerspruch auch mit Rücksicht auf seine Gesetzgebung kaum noch vor dem Sommer erheblich fördern konnte. — Auch nachdem es den Anschein, als ob die Vorlage seit dem nächsten Reichstag beschäftigen würde.

Ihm wird Haig und immer dänger!

Das Mitglied des Herrenhauses, Graf v. Mirbach-Segullin hat im Reichstagsrat den Antrag gestellt, die Reichsregierung zu eruchen, in geeigneten, insbesondere kleineren Organen eine offizielle, gemeinverstandliche Darstellung des Inhaltes der Reichsfinanzreform von 1909 zu geben sowie der durch die Steuerliche bedingten Verbesserungen im Gebiete der Konsumsteuern.

Ziele Darstellung soll „auffähernd“ wirken.

Ein neuer Beweis für die Tatsache, daß die Agrarier ihre Lage selbst in den kleinen Städten und auf dem Lande für äußerst gefährdet halten.

London, 21. Februar.

„Daily Chronicle“ führt in einem Leitartikel von der jüngsten Münchener Debatte im deutschen Reichstag aus, daß diese Debatte ein gut Teil zur Reinigung der Atmosphäre beitragen und dazu dienen, die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern. Die Ausführungen des Staatssekretärs Philipps von Erlangen sind, genau, nach Deutschland hochachtungsvoll und es ist nicht beabsichtigt, und folglich, was es von England erwarte und was seine Ansicht nach England vorhalten werden. Er ließ die förmliche Rede beibehalten bei.